

Würde als politischer Kampfbegriff

Ob es denn schon eine Tradition sei, wenn zum neunten Mal der UN-Tag der Menschenrechte zum Anlass für eine Tagung genommen wird, fragte Leo Monz, Leiter des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk sich und die TeilnehmerInnen der Tagung „Arbeit ist Menschenrecht – für alle“, die am 9. Dezember 2003 in Düsseldorf stattfand.

Oskar Negt, Soziologe aus Hannover, griff das auf: Traditionsstränge sollten bewahrt oder neu entwickelt werden, weil dies ein Mittel gegen die Bindungslosigkeit in der heutigen Gesellschaft ist. Das Thema seines Referats: „Arbeit und menschliche Würde“.

Die Idee der Würde spielt in der Geschichte des sozialen Denkens eine lange Rolle und hat sich in den verschiedensten Deklarationen und Verfassungen – von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung über das deutsche Grundgesetz bis zur UN-Erklärung der Menschenrechte niedergeschlagen. Dies – so Negt – trage zur Zivilisierung bei, aber es gilt auch etwas Anderes: In diesen Deklarationen werden die Integrität der Person und des Eigentums geschützt, nicht aber die Prozesse und Verhältnisse, die es erlauben, dass Menschen arbeiten. Arbeit ist das zentrale Mittel, um in Würde leben zu können, Arbeitslosigkeit ein Anschlag auf die Würde des Menschen. Anders formuliert heißt das: Würde braucht Bedingungen. Eine entscheidende Bedingung ist der Sozialstaat. Gerade diese aber gerät insofern in Gefahr, als alles nur noch über

den Warenmarkt definiert wird. Es muss aus Sicht von Negt Bereiche geben, die sich dieser Logik entziehen. Das richtet sich nicht gegen die Rationalität des Marktes, sondern gegen seine Totalisierung. Die aber ist unter anderem deshalb möglich, weil Bindungen schwinden. Lange Zeit wurde der Markt durch Tradition und Moral domestiziert. Diese Zügelungen aber verlieren an Kraft. Um sie wieder stärker wirksam werden zu lassen, dürfen Würde und Menschenrechte nicht länger allein unter dem Aspekt des Schutzes gesehen werden. Würde ist vielmehr ein politischer Kampfbegriff, um Verhältnisse herzustellen, die ein Leben in Würde erlauben.

Bezogen auf die Situation von MigrantInnen bedeutet das aus Sicht des Vorsitzenden der DGB-Region Köln, Wolfgang Uellenberg-van Dawen, dass Zugang zu Arbeit nicht als Zugang zu Minijobs interpretiert werden



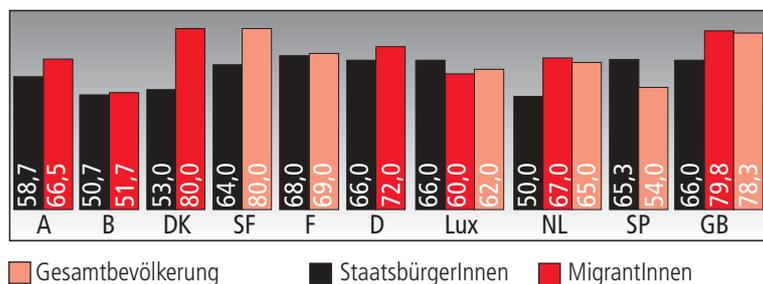
dürfe - Jobs, von denen niemand leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann. Es gehe vielmehr um den Zugang zu qualifizierten Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätzen, die eine Zukunft haben.

Aber auch wenn MigrantInnen zum Beispiel als qualifizierte Facharbeiter tätig sind, muss immer noch im Betrieb darauf geachtet werden, dass sie zum Beispiel bei Versetzungen oder Beförderungen nicht übergangen werden. Darauf verwies aus eigener Erfahrung als Betriebsrat Guiseppa Davi vom Chemieunternehmen Chemion.

Für Flüchtlinge sieht die Situation noch einmal schwieriger aus, erläuterte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl. Selbst da, wo sie einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, finden sie oft keine Anstellung, weil angesichts der immer zu erneuernden Duldung ständig eine Abschiebung droht. Ein Problem bei der Vertretung von Flüchtlingen auf diesem Feld sei aber, dass Pro Asyl in Arbeitsmarktfragen nicht allzu viel Fachwissen hat. An diesem Punkt sieht Isabel Basterra eine generelle Schwierigkeit. Sie hat sowohl auf dem Gebiet der Arbeitsmigration gearbeitet wie in einem Flüchtlingsrat. Beide Bereiche haben in der täglichen Arbeit praktisch keine Berührungspunkte. Eine solche Segmentierung der Lobbyarbeit verhindere eine effektivere Hilfe. Hier sollten Veränderungen eingeleitet werden, um sich für die Menschenrechte von allen MigrantInnen besser einsetzen zu können.

ZAHLENWERK

Erwerbsbeteiligung von inländischen StaatsbürgerInnen und MigrantInnen der EU in Prozent



Daten: Unterschiedliche Quellen, Zusammenstellung: EUMC

Erhebung der Daten 1999 bis 2002, Belgien: 1991
Erwerbsbeteiligung: Anteil aller Beschäftigten, Selbstständigen und Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Die statistisch erfasste Gruppe umfasst in einigen Ländern nicht nur MigrantInnen, sondern zusätzlich auch Menschen mit Migrationshintergrund (etwa Niederlande) oder ethnische Minderheiten (etwa Großbritannien).

Für Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Schweden liegen keine Daten vor.

MigrantInnen im Handwerk

Fachsprache im Internet lernen

Seit Ende November läuft bei der Handwerkskammer Aachen ein Fachsprachenkurs – „Technische Fachsprache Deutsch“ –, der sich speziell an MigrantInnen richtet. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen befindet sich in der Ausbildung in den Bereichen Elektro, Metall und KFZ. Die Fachsprache bereitet Menschen mit Deutsch als Zweitsprache oft mehr Schwierigkeiten als die Alltagssprache.

Die TeilnehmerInnen werden in praxisnahen Situationen in mündlicher und schriftlicher Kommunikation trainiert. Das geschieht an zwei Terminen in der Woche in den Räumen der Handwerkskammer mit Unterstützung durch einen dafür ausgebildeten Tutor. Das mindestens ebenso Wichtige: Parallel lernen die TeilnehmerInnen online über ein Internetprogramm (Web Based Training). So können sie zu jedem belie-

bigen Zeitpunkt und von jedem PC aus ihr Wissen erweitern und vertiefen. Das in Module aufgeteilte Programm erlaubt es, entsprechend der eigenen Lerngeschwindigkeit vorzugehen und das Wissen zu überprüfen.

Zu Beginn des nächsten Jahres sollen bundesweite Kurse über das Internet angeboten werden. Diese richten sich an GesellInnen, UnternehmerInnen im Handwerk und mitarbeitende Ehefrauen mit Migrationshintergrund. Die Kurse werden über die Entwicklungspartnerschaft für die Integration von MigrantInnen ins Handwerk (ProInteCra) organisiert und vom Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen des Equal-Programms gefördert.

Informationen:
Handwerkskammer Aachen
Bernd Wehnert
E-Mail: bernd.wehnert@hwk-aachen.de

Neue Ausgabe von „Dialog“

Vielsprachig

Im November ist die jüngste Ausgabe von „Dialog“ erschienen, die sich – herausgegeben von der IG BCE – mit Informationen an die ausländischen Gewerkschaftsmitglieder richtet. Die Auflage beträgt 15.000 Ex-

emplare. Themen in dieser Ausgabe sind unter anderem: die BCE-Kampagne „Modell Deutschland - ...zuerst der Mensch“, die Positionen der deutschen Gewerkschaften zur Novelle des Berufsbildungsgesetzes und die neuen Meldefristen beim Arbeitsamt im Fall einer Kündigung. Wie immer sind die Beiträge in Deutsch und sechs Muttersprachen der MigrantInnen erschienen: Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Serbisch/Kroatisch, Türkisch und Griechisch.

Informationen:
IG BCE Hauptvorstand
Abt. Ausländische Arbeitnehmer
Giovanni Pollice
Tel.: 0511/ 7631-229
Fax: 0511/ 7631-768
Internet unter: www.igbce.de



EU-Kommission bereitet Studie vor

Gesamteuropäische Quotenpolitik für legale Einwanderung?

Die Europäische Kommission wird für das Frühjahr 2004 eine Studie über die Möglichkeit einer Einführung einer gesamteuropäischen Quotenpolitik für legale Einwanderung vorbereiten. Das beschlossen die Innenminister der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten Mitte September in Rom. Der italienische Vorsitz hatte mit Unterstützung der Kommission vorgeschlagen, von jedem Mitgliedstaat frei festgelegte Quoten zu einer europäischen Quote zusammenzuzählen. Dadurch soll die Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen, die sich illegal aufhalten, erleichtert werden.

Während EU-Kommissar Antonio Vitorino behauptete es sei das „bestmögliche politische Instrument“ und die Vertreter des Europäischen Parlaments mitteilten, dass sich ihre Institution für den Vorschlag ausspreche, sind andere Mitgliedstaaten eher skeptisch. Finnland und Belgien ließen verlauten, dass sie grundsätzlich gegen Quoten seien. Der polnische Vizeminister Pawel Dakowski meinte, man solle sich zuerst einmal mit der illegalen Einwanderung befassen, denn die Immigrationsquoten verhindern keine illegale Einwanderung, sondern sichern lediglich die Rückübernahme aufgegriffener illegaler MigrantInnen. Der maltesische Vertreter wies darauf hin, dass sein Land bereits ein gut funktionierendes Quotensystem eingerichtet habe. Illegale Einwanderung verhindere dieses jedoch nicht.

Der deutsche Minister Otto Schily fürchtet indes den Verlust der nationalen Kontrolle. Ihm zufolge würde ein solches europäisches Abkommen bedeuten, dass die Europäische Kommission darüber beschließen, wie viele Einwanderer wir in unseren Staaten aufnehmen. Dem widerspricht die Kommission entschieden. Ziel sei es vielmehr, die europäische Zusammenarbeit zu koordinieren und die Verhandlungen mit den Drittländern zu führen.

Die Themen

Seite 1

Tagung zu UN-Tag der Menschenrechte
Würde als politischer Kampfbegriff

ZAHLENWERK

Erwerbsbeteiligung von inländischen StaatsbürgerInnen und MigrantInnen der EU

Seite 2

MigrantInnen im Handwerk
Fachsprache im Internet lernen

Neue Ausgabe von „Dialog“
Vielsprachig

EU-Kommission bereitet Studie vor
Gesamteuropäische Quotenpolitik für legale Einwanderung?

Seite 3

Islam und Arbeitswelt
Rechte von Arbeitnehmenden muslimischen Glaubens – national und global

Ständige Visa an den künftigen Außengrenzen der EU
Kleiner Grenzverkehr

„Recht gegen Rechts“
Info-Klassiker auch auf Türkisch

Seite 4

KOMMENTAR
von Paul Spiegel Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Rechte von Arbeitnehmenden muslimischen Glaubens – national und global

Der Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk hat zwei Handreichungen (Nr. 16 und 17 in der Schriftenreihe Migration & Arbeitswelt) zum Thema Islam und Arbeitswelt veröffentlicht. Die eine – „Islam und Arbeitswelt – Rechte von Arbeitnehmenden in Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung“ – bietet einen Überblick über die rechtliche und soziale Situation von ArbeitnehmerInnen in insgesamt 35 Staaten, die mehrheitlich muslimisch geprägt sind. Die andere – „Islam und Arbeitswelt – Muslimische Arbeitnehmende in Deutschland“ – befasst sich mit der Situation der Muslime, die hier leben und arbeiten.

Die Herkunftsländer der Muslime in Deutschland unterscheiden sich erheblich. Die Palette reicht von säkularen demokratisch verfassten Staaten bis zu stark religiös oder gar fundamentalistisch geprägten autoritären Staaten. Da die Verhältnisse im Herkunftsland das Bild der Gesellschaft über eingewanderte Menschen muslimischen Glaubens, aber zum Teil auch das Handeln von MigrantInnen beeinflussen, ist das Wissen darum von Bedeutung. Dies wird in der einen Handreichung materialreich geliefert.

Aber auch in der zweiten Handreichung gibt es Kurzinformationen über

die Länder. Dazu kommen ein Überblick über die verschiedenen Glaubensrichtungen im Islam und ein Abriss über dessen inhaltliche Ausrichtung („Fünf Säulen des Islam“). Ein weiteres Kapitel stellt die verschiedenen islamischen Verbände in Deutschland vor.

Ein abschließendes Kapitel befasst mit der Situation der rund 3,2 Millionen muslimischen ArbeitnehmerInnen – davon zwei Millionen mit türkischem Migrationshintergrund – auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dabei geht es gleichermaßen um Möglichkeiten der Religionsausübung, Fragen von Gleichbehandlung und Antidiskriminierung –

was Fragen des Zugangs zu Berufen einschließt – und um das Thema Gewerkschaften und Muslime.

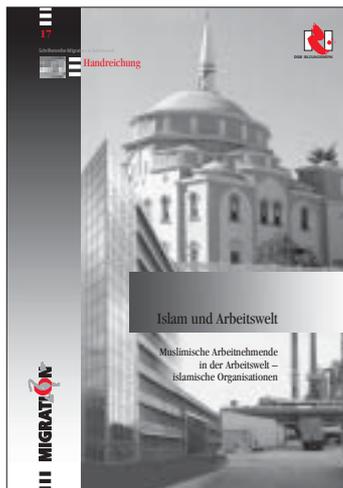
Die Handreichungen „Islam und Arbeitswelt – Rechte von Arbeitnehmenden in Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung“ und „Islam und Arbeitswelt – Muslimische Arbeitnehmende in Deutschland“ können bestellt werden bei:

Der Setzkasten

Fax: 0211/ 40 800 90-40

E-Mail: mail@setzkasten.de

Im Internet können sie als PDF-Datei eingesehen und herunter geladen werden unter: www.migration-online.de



Info-Klassiker auch auf Türkisch



Die vom Kreisjugendring Nürnberg herausgegebene Broschüre „Recht gegen

Rechts“ ist eine Art Klassiker. Die erste Auflage erschien bereits 1993. Sie wurde immer wieder überarbeitet und aktualisiert und steht längst auch im Internet. Und seit einiger Zeit gibt es auch eine türkische Übersetzung.

Die Broschüre ist aufgeteilt in Rubriken: „Gesetze gegen Rechts“, „Rechte Medien“, „Anzeigen, aber wie?“ „Eingreifen“ und „Adressen“. Hier können sich Jugendliche, die die Zielgruppe darstellen, informieren, aber nicht nur sie.

Informationen: Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, Hintere Insel Schütt 20, 90403 Nürnberg, Tel.: 0911/ 810 07-0, Fax: 0911/ 810 07-77, E-Mail info@kjr.nuernberg.de, Internet: www.recht-gegen-rechts.de

Kleiner Grenzverkehr

Die Europäische Kommission hat Anfang September einen Antrag angenommen, in dem ein Lokales Visum für Menschen an den zukünftigen Grenzgebieten der EU eingeführt werden soll. Denn ab dem 1. Mai 2004 wird es auf Grund neuer Grenzkontrollen die nach den Schengenrichtlinien durchgeführt werden, erschwert, kurze Familien- oder Geschäftsreisen von Russland nach Lettland oder aus der Ukraine nach Polen zu tätigen. Abhilfe soll hier das Lokale Visum schaffen, das auf ein bis fünf Jahre befristet ist und bei weitem kostengünstiger als ein norma-

les Visum wäre, wenn nicht sogar kostenfrei. Es würde dem/ der TrägerIn erlauben, bis zu sieben aufeinander folgende Tage innerhalb des EU-Staates zu verbringen, insgesamt jedoch nicht mehr als drei Monate pro Halbjahr.

Außerdem erlaubt es dem/ der BesitzerIn des Visums sich innerhalb eines 50 Kilometer tiefen Korridors zu bewegen. Die Visa würden nicht bei jeder Überquerung gestempelt werden, weil sonst logistische Probleme auftreten würden. Diese relativ leichten Kontrollen sollten durch

eine gründliche Hintergrundüberprüfung des Visumempfängers ausgeglichen werden. Außerdem wird den EU-Beitrittsländern gestattet, in bilateralen Abkommen mit ihren nicht EU-Nachbarn die Bestimmungen den speziellen Bedingungen an ihren Grenzen zu einem gewissen Grad anzupassen. Dies geschieht nicht zuletzt auf Grund von Protesten seitens Russlands. Ausgenommen von dieser Regelung sind Bulgarien, Rumänien und Kroatien: Um von diesen Ländern in die EU einreisen zu können, braucht man kein Visum und wird es weiterhin nicht benötigen.

Die neuen Mitgliedstaaten der EU müssen an ihren Grenzen ab Mai 2004 nach dem Schengenabkommen kontrollieren, sie selbst sind aber noch nicht Mitglied im „Schengen-Club“, ihre BürgerInnen werden auch an den EU-Grenzen kontrolliert.

„Das Lokale Visum wird dieselben Sicherheitseigenschaften wie ein Schengen-Visum besitzen.“, sagt Laura Corrado, eine Kommissionsexpertin in Visumsfragen. Der Antrag wird nun an die EU-Mitgliedstaaten weitergeleitet, die ihn genehmigen müssen, damit er in Kraft treten kann.

KOMMENTAR

Paul Spiegel
Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Die Integration der jüdischen Auswanderer aus den GUS-Staaten



Bis November 2003 sind 178.948 jüdische Emigranten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingereist. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist dank dieser Zuwanderer heute die weltweit am stärksten wachsende und drittgrößte Gemeinschaft in Westeuropa.

Für die jüdischen Gemeinden ist der zu bewältigende Ansturm von Hilfe und Beistand suchenden Menschen enorm. Den Mitgliedern wird viel abverlangt an Verständnis, Geduld und Einsatzbereitschaft. Manchmal entstehen Überforderungen. Und doch profitiert das Gemeindeleben von der Integrationsleistung, die hier erbracht wird: von der Verbesserung der Infrastruktur, dem neu belebten Teamgeist, der sichtbar fortschreitenden Professionalisierung im Umgang mit den Schwierigkeiten der Neuankömmlinge und nicht zuletzt von der solidarischen Auseinandersetzung

mit den neuen Gemeindemitgliedern und ihres eigenen religiösen Selbstverständnisses.

Von den Grundbedürfnissen Wohnraum, Spracherwerb, Arbeit ist zweifellos die Integration in den Arbeitsmarkt das größte Problem. Bei der Mehrheit der Einwanderer handelt es sich um ausgesprochen leistungsorientierte, gut ausgebildete Hochschulabgänger und Spezialisten. Diese Menschen wollen hier entsprechend eingesetzt werden. Verständlich, aber kaum realisierbar.

Aus Frustration über die Arbeitslosigkeit und dem Gefühl heraus, nicht gebraucht zu werden, verstärkt sich der Rückzug in das private russische, also fremdsprachige Umfeld, das kontraproduktiv für die allgemeine gesellschaftliche Integration ist. In Israel hat man als Folge dieses Zwiespalts damit begonnen, die Vorgehensweise zu

ändern und von den Zuwanderern mehr Aktivität und Selbständigkeit einzufordern. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dies Früchte tragen wird. Aber auch wir in Deutschland müssen unser Integrationskonzept regelmäßig hinterfragen und an neue Entwicklungen z.B. im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform anpassen. Dies gelingt umso mehr, wie sich aus einem gesellschaftlichen Engagement heraus, Bemühungen der jüdischen Gemeinden und ihrer Zuwanderer zur gezielten Arbeitsmarktintegration multiplikatorisch entwickeln.

Der Bereich Migration und Qualifizierung des DGB Bildungswerkes wünscht allen LeserInnen ein gutes neues Jahr.

Felice Anno Nuovo,
Bonne Année
Happy New Year,
Gutes Neues Jahr
Feliz Año Nuevo,
Gelukkig Nieuwjaar

ὁ ευτυχισμένο το Νέο ἔτος
Yeni Yiliniz Kutlu Olsun
Godt Nytt Aar
С НОВЫМ ГОДОМ
Szczesliwego Nowego Roku
Sretna Nova Godina



Gefördert durch:



Impressum

Herausgeber

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

Verantwortlich

für den Inhalt: Leo Monz

Koordination

Klemens Büsch

Redaktion

Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz

Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise

Monatlich

Bestelladresse

Der Setzkasten GmbH,
Tel.: 0211/4080090-0, Fax: 0211/4080090-40
E-Mail: mail@setzkasten.de

Zuschriften/Kontakt

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211-4301-141
Fax: 0211-4301-137
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

